Die Vorsitzende wies darauf hin, dass wie unter TOP 1 eingeführt, der Antrag zu TOP 10.1.1, DS-Nr.: 15/0258 und die Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.09.2016 (DS-Nr.: 16/0315) an dieser Stelle mitberaten wird.

Herr Lübken führte einleitend aus, dass sich seit dem gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge (eGK) DS-Nr. 15/0258 vom 15.09.2015 der Erkenntnishorizont zu dieser Thematik inzwischen deutlich erweitert hat und dass die Verwaltung deshalb die der Einladung beigefügte Vorlage mit dem entsprechenden Beschlussvorschlag dem Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt hat.

Herr Lefherz erläuterte anhand der Vorlage die Gründe der Verwaltung zur Einführung der eGK in Sankt Augustin zum 01.01.2018.

Frau Domscheit vermisste in der Vorlage der Verwaltung eine dezidierte Aufstellung zur möglichen Personal-/Sachkosteneinsparung mit der Einführung der eGK. Sie wolle anhand der positiven Entwicklung auch bzgl. des deutlich verbesserten Leistungsausweitungsriskos bzgl. der Sicherheits- und Missbrauchskriterien zur Einführung der eGK nicht länger warten und die eGK so schnell als möglich auch in Sankt Augustin einführen.

Herr Lienesch teilte mit, dass die Vorlage der Verwaltung aus Sicht der CDU-Fraktion vollumfänglich mitgetragen werden könne, da er derzeit keinen Handlungsdruck zur kurzfristigen Einführung der eGK in Sankt Augustin erkennen könne. Die Krankenhilfeversorgung für den Personenkreis der Flüchtlinge sei in Sankt Augustin adäquat sichergestellt. Allerdings gab er zu bedenken, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht die Einführung der eGK zum 01.01.2018 beinhalte und insofern der Ausschuss an dieser Stelle ggf. einen Beschluss fasse, der bei der Vorlage von validen Zahlen ggf. im Herbst 2017 wieder revidiert werden müsse.

Frau Schulenburg merkte an, dass die Einführung der eGK ein Stückweit auch eine Integrations- und Inklusionsfrage sei und Sankt Augustin insofern ein Zeichen setzen könne, wenn der betroffene Personenkreis der Flüchtlinge sobald als möglich die eGK erhalten würde.

Herr Willnecker fragte nach, ob er es richtig reflektiert habe, dass zu der 8%-tigen Verwaltungskostenpauschale der Krankenkasse noch ein weiterer 5%-tiger Verwaltungskostenanteil für die Abwicklung der Krankenhilfe im Rahmen der Solidargemeinschaft von der Abrechnungsstelle des RSK hinzukomme, egal für welches System der Krankenhilfeversorgung der Flüchtlinge sich Sankt Augustin entscheiden werde. Er plädierte deshalb für einen Austritt aus der Krankenhilfe-Solidargemeinschaft.

Herr Parpart erläuterte noch einmal die drei Varianten der Krankenhilfeversorgung in der Solidargemeinschaft innerhalb des Rhein-Sieg-Kreises ab dem 01.01.2017. Darüber hinaus teilte er mit, dass bei einem Austritt aus der Solidargemeinschaft zur Abrechnung der Krankenhilfe im Rhein-Sieg-Kreis die Stadt Sankt Augustin das gesamte Kostenrisiko selbst zu tragen hätte, diese Aufgabe selbst ausführen müsse, was derzeit wegen der fehlenden fachlichen und quantitativen Personalausstattung nicht zu leisten wäre.

Herr Radke stellte noch einmal klar, dass in der Ratssitzung am 07. Dezember 2015 lediglich eine Entscheidung über die neue ab 01.01.2017 geltende Krankenhilfevereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und den kreisangehörigen Kommunen getroffen werde, die aber nicht beinhaltet bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu erklären, ob und wann in Sankt Augustin die eGK eingeführt werden soll.

An die sich im Anschluss ergebende rege Diskussion im Ausschuss zog Herr Lübken die Verwaltungsvorlage zur Einführung der eGK zurück.

Daraufhin unterbrach die Vorsitzende die Ausschusssitzung zur weiteren Meinungsbildung in den Fraktionen für 5 Minuten.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende formulierte Frau Bergmann-Gries für die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Aufbruch folgenden neuen Beschlussvorschlag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für die Krankenhilfeversorgung der Flüchtlinge/Asylbewerber zum frühestmöglichen Zeitpunkt zum 01.01.2018 in Sankt Augustin einzuführen. Der entsprechende Antrag wird für die Sitzung des Rates der Stadt Sankt Augustin am 07. Dezember 2016 vorgelegt und mit aktuellen Daten und Fakten unterlegt.“

Seitens der CDU-Fraktion formulierte Herr Lienesch folgenden neuen Beschlussvorschlag:

„Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration des Rates der Stadt Sankt Augustin nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat zu beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, nach Ermittlung valider Zahlen im Hinblick auf die Krankenhilfekostenentwicklung in den Städten Bornheim, Troisdorf und Hennef im Jahr 2017 einen Vorschlag bzgl. der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für die Krankenhilfeversorgung der Flüchtlinge/Asylbewerber in Sankt Augustin bis unmittelbar nach der Sommerpause 2017 zu unterbreiten, damit die Einführung der eGK zum 01.01.2018 möglich bleibt.“

Die Vorsitzende ließ über die divergierenden Beschlussvorschläge abstimmen.

Der Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion wurde mit Handzeichen wie folgt offen abgestimmt:

7 Stimmen dafür, 9 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen.
Damit ist der Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Beschlussvorschlag der übrigen Ratsfraktionen wurde mit Handzeichen wie folgt offen abgestimmt:

9 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen. Damit ist der Beschlussvorschlag der übrigen Ratsfraktionen mehrheitlich angenommen.

Ergänzend stellte die Vorsitzende klar, dass mit diesem neuen Beschlussvorschlag der gemeinsame Antrag der Ratsfraktionen (DS-Nr.15/0258) seine Erledigung gefunden hat.

Damit empfiehlt der Ausschuss dem Rat folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration des Rates der Stadt Sankt Augustin nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für die Krankenhilfeversorgung der Flüchtlinge/Asylbewerber zum frühestmöglichen Zeitpunkt zum 01.01.2018 in Sankt Augustin einzuführen. Der entsprechende Antrag wird für die Sitzung des Rates der Stadt Sankt Augustin am 07. Dezember 2016 vorgelegt und mit aktuellen Daten und Fakten unterlegt.“